

Update aus dem Bundestag – 3/2017

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

Meilenstein für den Kreis Warendorf – Bund fördert Breitbandausbau mit rund 30 Millionen Euro!

Neben den fast 30 Millionen Euro je zur Hälfte für Nord- und Südkreis vom Bund, ist die Kofinanzierung durch das Land in Höhe von fast 24 Millionen eine ebenso wichtige Bedingung für das Gelingen des Projektes. Dies sollte bei der Bewilligung des Bundes nicht vergessen werden.

Bereits im letzten Jahr ist dem Kreis Warendorf für eine entsprechende Voruntersuchung eine Bewilligung von 50.000 Euro erteilt worden. Dank der gemeinsamen Haltung der Bürgermeister im Kreis Warendorf bestand eine gute Grundlage für die Bewilligung eines entsprechenden Antrages.

Der Bund hat seine finanzielle Förderung des Breitbandausbaus massiv aufgestockt. Langsam aber sicher kommt das Geld auch in Kreisen und Kommunen an. Wir nehmen 4 Milliarden Euro an Fördergeldern in die Hand, um ganz Deutschland mit schnellem Internet zu versorgen. Das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel ist, zu einer flächendeckenden Grundversorgung von mindestens 50 Mbit/s zu kommen.

Dass Landrat und CDU-Bundestagsabgeordneter jetzt versuchen, daraus einen parteipolitischen Gewinn zu machen, zeigt nur, wie sehr sie sich angesichts der bevorstehenden Wahlen mit dem Rücken an der Wand befinden. Das kennt man von der CDU nicht anders. Ich habe mich noch unmittelbar vor dem Versand der Briefe des Staatssekretärs an das Büro von Minister Dobrindt (CSU) gewandt, um erneut nachzufragen, wie der Stand

der Entscheidungen sei. Dort wurde mir mitgeteilt, dass in der Sache recherchiert wird und ich entsprechend informiert werde. Die Information kam auch – am gleichen Tag als die Nachrichten durch den Kreis und den CDU-Abgeordneten veröffentlicht worden waren. So läuft es eben bei der CDU, leider auch bei der Lokalpresse.

Wichtiger aber ist das Ergebnis: Die SPD hat maßgeblich in dieser Koalition dafür gesorgt, dass der Breitbandausbau in Deutschland endlich vorangebracht wird. Das gilt auch für den Kreis Warendorf.

Arbeitslosengeld Q: Mehr Sicherheit durch Qualifizierung

Unsere Arbeitswelt befindet sich im tiefgreifenden Wandel: Durch die umfassende Digitalisierung aller Arbeits- und Produktionsbereiche werden neue Tätigkeiten und Qualifikationen nachgefragt. Deshalb müssen wir mehr in die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern investieren. Nur so verhindern wir, dass sich der Fachkräftemangel in manchen Berufen verstärkt und gleichzeitig Menschen arbeitslos sind, weil sie die erforderlichen neuen Qualifikationen nicht erwerben konnten.

Daher ist es so wichtig, dass wir, wie von Andrea Nahles vorgeschlagen, ein Recht auf Weiterbildung schaffen. Das Konzept des Arbeitslosengelds Q sieht vor, die Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiterzuentwickeln. Sie soll gesetzlich verpflichtet werden, Arbeitslosen, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, ein Ange-

bot für eine Qualifizierung zu machen, die die Vermittlungschancen nachhaltig erhöht. Gleichzeitig sollen alle Beschäftigten für die Dauer ihres Erwerbslebens einen Anspruch auf Beratung über berufliche Weiterbildung erhalten.

Wir wollen zudem die Schwelle für den Bezug von Arbeitslosengeld I absenken. Damit sind auch jene abgesichert, die wie in der Kreativbranche oftmals nur kurzfristig beschäftigt sind. Wer auf einem sehr beweglichen Arbeitsmarkt eine neue Beschäftigung finden muss, der soll sich auf einen wirksamen Schutz der Arbeitslosenversicherung verlassen können. Das Arbeitslosengeld Q ist ein kluges, innovatives Konzept, das mehr Sicherheit mit deutlich mehr Investitionen in die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung verbindet.

Die SPD steht für eine moderne und gerechte Arbeitsmarktpolitik, die dafür sorgt, dass die Menschen auch im 21. Jahrhundert schnell einen Job finden – gut bezahlt und zu fairen Bedingungen. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode auch weiter für das Gesetz zur Entgeltgleichheit und für ein Rückkehrrecht von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeit kämpfen.

Initiative zur Angemessenheit von Managergehältern

Die Gehälter von Managern in Deutschland erreichen inzwischen Höhen, die weder etwas mit Leistung, noch mit Anstand zu tun haben. Das Ruhegehalt des ehemaligen Volkswagen-Chefs Martin Winterkorn – der sich von VW unter anderem eine Heizung für seinen Koi-Teich für 60.000 Euro bezahlen ließ – war hier nur der letzte Aufreger.

Gerade in den Vorstandsetagen vieler Aktiengesellschaften scheint man jedes Maß verloren zu haben. Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz weist in ihrem Jahresbericht für 2015 aus: Die durchschnittliche Gesamtvergütung der DAX-Vorstände im Vergleich zu den durchschnittlichen Personalaufwendungen pro Mitarbeiter betrug bei Adidas das 61-fache, bei Continental das 70-fache, bei Merck das 86-fache und bei VW das 114-fache. Solche Managergehälter haben nichts mehr mit Leistung oder Verantwortung zu tun.

Das Schlimmste daran: Ein Unternehmen kann die Bezüge seiner Manager, egal wie maßlos, auch noch als Betriebsausgaben von der Steuer abziehen. Das wollen wir beenden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat darum einen Gesetzentwurf vorgelegt, der mehrere Punkte vorsieht:

- Die Bezüge eines einzelnen Vorstandsmitglieds von mehr als 500.000 Euro pro Jahr sollen für das Unternehmen künftig nicht mehr steuerlich absetzbar sein. Bezüge von mehr als

500.000 Euro würden also unmittelbar zulasten des Unternehmensgewinns gehen.

- Für den Fall einer „Schlechtleistung“ oder eines regelwidrigen Verhaltens eines Vorstandsmitglieds soll ein gesetzlicher Anspruch auf Herabsetzung der Vergütung und/oder der Ruhebezüge eingeführt werden.
- Künftig muss der Aufsichtsrat ein Verhältnis zwischen der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder und dem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen festlegen. Die Hauptversammlung muss dem zustimmen. Die Bezüge des Managements müssen sich dann in diesem Rahmen bewegen.

Das Grundgesetz erlaubt es uns nicht, eine generelle Verdiensthöchstgrenze einzuführen. Mit den vorgesehenen Maßnahmen wird es für ein Unternehmen steuerlich jedoch deutlich unattraktiver, seinen Managern exorbitante Gehälter zu zahlen. Ich bin gespannt, ob sich die Union unserem Vorschlag anschließt. Falls nicht, werden wir mit dem Thema in den kommenden Wahlkampf ziehen.

Veranstaltung Mehrgenerationenhäuser

Am Donnerstag hat eine Veranstaltung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu den Mehrgenerationenhäusern stattgefunden. Daran hat auch Lisa Heese teilgenommen, die das Mütterzentrum in Beckum leitet. Seit 10 Jahren wird das Mütterzentrum als Mehrgenerationenhaus vom Bund gefördert.



Mit Lisa Heese, Leiterin des Mütterzentrums in Beckum am 9.3.2017 im Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Lisa Heese kann auf eine großartige Bilanz der Beckumer Einrichtung zurückblicken und ist vom Engagement der Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) begeistert. Dies machte sie beim

Treffen am Rande der Tagung „Miteinander ins Neue“ in Berlin deutlich. Denn die Zahl der Mehrgenerationenhäuser kann von bisher 441 Einrichtungen nochmals erhöht werden.

Künftig werden 547 Einrichtungen als Mehrgenerationenhäuser gefördert. Als Mitglied des Finanzausschusses freut es mich natürlich, dass es gelungen ist, die Haushaltsmittel ab 2017 erneut um 3,7 Millionen Euro aufzustocken. Ich kenne die Arbeit des Mütterzentrums bereits seit den Anfängen, als ich selbst noch bei der Stadt Beckum gearbeitet habe. Heute ist das Mütterzentrum mit rund 330 Beschäftigten schon ein bedeutendes Unternehmen, das im Kreis an vielen Orten gute Arbeit leistet. Deshalb setze ich mich gerne und auch weiterhin für die Unterstützung des Mütterzentrums ein.

Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gibt seit gut 15 Jahren einen umfassenden Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland. Am Dienstag stellte Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) den nunmehr 5. Bericht auf Einladung der Parlamentarischen Linken im Bundestag vor. Mit der Bundesministerin diskutierte Joß Steinke vom Deutschen Roten Kreuz den Bericht. Bei der Veranstaltung konnte ich mich aus erster Hand über den Bericht informieren. Neben Abgeordneten des Bundestages fand die Veranstaltung Zuspruch bei einer Vielzahl interessierter Bürger. Kritisch bewerteten alle Beteiligten, dass die Datenlage bei den ärmeren Bevölkerungsteilen zwar äußerst umfangreich ist, der Staat aber bei den Reichen zum Großteil im Dunkeln tappt. Grund dafür ist, dass es in Deutschland derzeit keine Vermögenssteuer gibt, auf deren Erhebung man bauen könnte.

Wohnraum schaffen, Kommunen stärken

Diese Woche haben wir abschließend den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt beraten. Mit dem Gesetz wird das Baugesetzbuch an die geänderte Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung angepasst und eine neue Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ eingeführt.

Viele Städte brauchen dringend Wachstumsperspektiven und bezahlbaren Wohnraum. Mit dem Gesetz erhalten Städte und Kommunen verbesserte Möglichkeiten der Nachverdichtung in Innenstädten, so dass eine höhere Bebauungsdichte möglich wird, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mit dem neuen Baugesetzbuch wird das Bauen in stark verdichteten städtischen

Gebieten leichter und schneller. Der Gesetzentwurf greift zudem weitere städtebauliche Anliegen auf: So werden u.a. Rechtsunsicherheiten für Ferienwohnungsbetreiber und Kommunen bei der Genehmigung vor allem in reinen und allgemeinen Wohngebieten beseitigt und die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten ausgeweitet. Auf diese Weise wird verhindert, dass Wohnraum vor Ort dem Markt entzogen wird.

Diskussion über Ratings für Kommunen

Am heutigen Freitag habe ich an einer Podiumsdiskussion zum Thema Kommunalratings teilgenommen. Zu der Veranstaltung hatte die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) eingeladen. Mit seinen Ratings bewertet S&P die Kreditwürdigkeit von Firmen und Staaten. Die Kommunen in Deutschland haben bisher darauf verzichtet, sich „raten“ zu lassen. S&P würde das gerne ändern und den Kommunen ihre Ratings verkaufen.



Mit Harald Riedel, Kämmerer der Stadt Nürnberg, Ingbert Liebing, MdB der CDU, Dr. Matthias Haß, Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, sowie Alois Strasser von S&P (v.l.n.r.) habe ich am 10.3.2017 über die Frage diskutiert, ob externe Ratings für Kommunen eine gute Sache sind.

Ich habe auf der Veranstaltung deutlich gemacht, dass ich nichts von solchen Kommunalratings halte. Erstens ist nicht erst in der internationalen Finanzkrise 2008/09 deutlich geworden, dass Ratingagenturen nicht immer fair spielen. Vor allem benötigen Kommunen in Deutschland auch gar keine Ratings, um an Kredite zu kommen: Die deutschen Städte und Gemeinden gehören zu den zuverlässigsten Schuldnern überhaupt. Noch nie ist in Deutschland eine Kommune pleite gegangen. Ratings hingegen sind teuer – jede Kommune sollte sich überlegen, ob man von dem Geld nicht besser neue Kita-Plätze schafft. Und Ratings gefährden die interkommunale Solidarität: Während einige finanzstarke Kommunen möglicherweise profitieren könnten, würde es gerade für finanzschwache Kommunen umso teurer werden, sich über Kredite zu finanzieren. Ich teile darum die Einschätzung des Deutschen Städtetags: Kommunen sollten sich keine Ratings andrehen lassen.

Polizei und Rettungskräfte beim Einsatz schützen

Im Jahr 2015 sind gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte um knapp 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Solche Angriffe sind Angriffe auf uns alle und auf unseren Rechtsstaat. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir Vollzugsbeamte und Rettungskräfte beim Einsatz besser schützen.

Wir finden: Auch wer täglich Streife geht oder in der Amtsstube seinen Dienst verrichtet, hat mehr Respekt verdient. Deshalb soll ein neuer, eigenständiger Tatbestand im Strafrecht eingeführt werden, der Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute betrifft und Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren vorsieht. Tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte werden in Zukunft also härter sanktioniert.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich zudem weiter für mehr Personal und eine bessere Ausstattung von Sicherheitskräften (z.B. Bodycams) einsetzen.

Jugendmedienworkshop im Bundestag

Bereits zum vierzehnten Mal hat in dieser Woche der Jugendmedienworkshop des Bundestages in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung stattgefunden. Aus den über 100 Bewerbungen wurden 30 medieninteressierte Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet ausgewählt, darunter Tom Piendl aus Telgte.

Eine Woche lang hat er hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt geblickt. Tom Piendl hat in der Redaktion der Katholischen Nachrichten-Agentur hospitiert, Hauptstadt-Journalisten kennengelernt, an Sitzungen von Ausschüssen teilgenommen und mit Abgeordneten diskutiert.



Mit Tom Piendl, Teilnehmer des Jugendmedienworkshops aus Telgte, am 9.3.2017 vor dem Reichstag.

Ich habe gemeinsam mit Tom an einem Abendessen teilgenommen und ihn am nächsten Tag in

mein Büro eingeladen. Tom Piendl ist ein aufgeweckter junger Mann, dem ich alles Gute für die Zukunft wünsche.

Gerne könnt Ihr die hier dargestellten Informationen weitergeben und diskutieren.

Mit den besten Grüßen

Euer

Terminankündigung:

„Die inklusive Gesellschaft“ mit Verena Bentele, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, am Donnerstag, 16.03.2017, in Ennigerloh

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, (UN-Behindertenrechtskonvention) dient der Umsetzung und dem Schutz von Menschenrechten. Die Konvention ist am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getreten und hat als Leitbild die sogenannte Inklusion. Das bedeutet: Nicht der Mensch mit Behinderung muss sich anpassen, um „dabei“ sein zu können, sondern wir müssen alle gesellschaftlichen Bereiche seinen Bedürfnissen entsprechend anpassen und öffnen! Das wollen wir mit Euch diskutieren.

Termin:

**Donnerstag, 16.03.2017,
ab 10.00 Uhr**

**in der Alten Brennerei Schwake
Liebfrauenstr.6, 59320 Ennigerloh**

Diskussionsveranstaltung:

**„Für eine gerechte und sichere Rente.
Die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion für die Zukunft der Altersvorsorge“**

**mit Ralf Kapschack, MdB und Volker Nikolai-Voß
(DGB) am Donnerstag, 16.03.2017, in Oelde**

Wie muss es weitergehen mit der Altersvorsorge? Was passiert mit der Riester-Rente? Ist es möglich das Rentenniveau zu stabilisieren oder gar anzuheben? Was müssen wir tun, damit die Menschen im Alter von ihrer Rente in Würde leben können? Darüber diskutiere ich mit **Ralf Kapschack** (MdB und Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für das Thema Altersvorsorge) **Volker Nikolai-Koß** (Gewerkschaftssekretär des DGB Münsterland). Ich lade Euch herzlich ein mitzudiskutieren und freue mich auf eine spannende und interessante Veranstaltung!

Termin:

**Donnerstag, 16.03.2017,
um 19.00 Uhr
im Bürgerhaus**

Bernhard-Raestrup-Platz 10, 59302 Oelde

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!